



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 18. November 2013 (19.11)
(OR. fr)**

16193/13

**TU 7
COMAG 113
PESC 1368**

BERATUNGSERGEBNISSE

des	Rates
vom	18. November 2013
Nr. Vordok.	16363/13 TU 9 COMAG 116 PESC 1389
Betr.:	Schlussfolgerungen des Rates zu Tunesien

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat am 18. November 2013 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zu Tunesien.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZU TUNESIEN

1. Die Europäische Union (EU) bekräftigt, dass sie den Übergangsprozess in Tunesien unterstützt. Sie fordert alle Akteure zur Fortsetzung des nationalen Dialogs auf, um im Interesse des Landes eine Einigung zu erzielen, damit die neue demokratische Verfassung rasch angenommen werden kann und innerhalb einer angemessenen Frist neue allgemeine, inklusive, transparente und glaubwürdige Wahlen abgehalten werden können, die den legitimen demokratischen Erwartungen des tunesischen Volkes entsprechen.
2. Die EU begrüßt die Bemühungen aller beteiligten Parteien, den Erfolg dieses Übergangs zur Demokratie sicherzustellen. In diesem Rahmen ist die konstruktive Rolle der Zivilgesellschaft, insbesondere der Vermittler des Quartetts als Initiatoren des inklusiven Prozesses im Rahmen des nationalen Dialogs, hervorzuheben. Für den Übergang des Landes zur Demokratie ist ferner entscheidend, dass dieser Prozess gemäß den bereits gebilligten Regeln für eine demokratische Arbeitsweise durchgeführt wird und alle Parteien sich für das Ziel eines nationalen Konsenses einsetzen.
3. Im Sinne der erneuerten Europäischen Nachbarschaftspolitik und ihrer Grundsätze bestätigt die EU ihre Zusage, Tunesien bei seinem Demokratisierungsprozess zur Errichtung eines Rechtsstaates zu unterstützen, der die Grundrechte seiner Bürger achtet und im Einklang mit den Grundsätzen der Würde, der Freiheit und der Gerechtigkeit steht, um die es bei der Revolution von 2011 ursprünglich ging. Die EU bekräftigt ihre Bereitschaft, ihre Unterstützung entsprechend den Bedürfnissen Tunesiens und seinen Fortschritten bei der Durchführung seines Reformprogramms zu verstärken.

4. Die EU erneuert ferner ihre Zusage, die Bemühungen Tunesiens um die Bewältigung der größten sozio-ökonomischen Probleme des Landes, vor allem beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, oder gegen die Disparitäten bei der regionalen Entwicklung zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Instabilität legt die EU den Behörden nahe, die Strukturreformen einzuleiten, die für eine nachhaltige und inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung erforderlich sind. Die EU wiederholt ihre Zusage, die allmähliche Integration der tunesischen Wirtschaft in den europäischen Markt zu unterstützen und diesen Prozess im Rahmen der von Tunesien eingeleiteten Reformen zu begleiten.

5. Die EU verurteilt die jüngsten Terroranschläge und erklärt sich solidarisch mit den Opfern und dem tunesischen Volk. Vor dem Hintergrund der Instabilität der Region steht Tunesien, wie die jüngsten Ereignisse deutlich gemacht haben, großen sicherheitspolitischen Herausforderungen hinsichtlich der Bekämpfung des Terrorismus und der Radikalisierung, der organisierten Kriminalität und des grenzüberschreitenden illegalen Handels gegenüber. Die EU bekräftigt, dass sie die Bemühungen Tunesiens unterstützt, allen diesen Herausforderungen gerecht zu werden und insbesondere den Terrorismus unter Wahrung des Rechts wirksam zu bekämpfen. Sie legt den tunesischen Behörden nahe, die einem Rechtsstaat angemessenen Strukturen und Mechanismen zu verstärken, sich weiterhin um einen raschen Abschluss der Ermittlungen in den Fällen politischer Morde zu bemühen und gerechte und transparente Gerichtsverfahren zu gewährleisten. Bei einem raschen Abschluss der derzeitigen "Peer Review" des Sicherheitssektors könnte die EU sich an der Seite Tunesiens für eine echte Reform des Sicherheitssektors engagieren. Die EU begrüßt das Engagement Tunesiens und seiner Nachbarn beim Vorgehen gegen gemeinsame Bedrohungen und insbesondere die Zusammenarbeit beim Grenzschutz, und weist auf die potenzielle Rolle der EU BAM Libyen in dieser Hinsicht hin.

6. Die EU und Tunesien haben sich verpflichtet, ihre Zusammenarbeit im Migrations- und Asylbereich zu verstärken. Die Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien über eine Mobilitätspartnerschaft sind abgeschlossen und die internen Verfahren im Hinblick auf ihre baldige Unterzeichnung eingeleitet worden. Außerdem werden die Herausforderungen, die an den tragischen Ereignissen von Lampedusa deutlich geworden sind, umfassend, u.a. im Rahmen der von der Europäischen Kommission geleiteten Task Force "Mittelmeerraum" behandelt.

7. Allgemeiner ist die EU im Rahmen der privilegierten Partnerschaft mit Tunesien auch künftig bereit, ihren Dialog mit den tunesischen Behörden zu intensivieren, damit die vorhandenen europäischen Instrumente optimal genutzt werden.
